



10. März 2017

Ausgabe 2/2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

den Karneval haben wir in der letzten Woche mit den Auftritten von Hannelore Kraft und Martin Schulz im Freischütz stimmungsvoll beendet. Jetzt widmen wir uns in Berlin wieder den ernstesten Themen. Schwierig gestaltet sich derzeit der Umgang mit Politgrößen aus der Türkei. Es wird immer deutlicher, dass Erdogan bei uns nicht nur für sein Referendum werben möchte, sondern extrem provokativ auftritt. Ein Einreiseverbot seitens Deutschlands würde ihn jedoch nur noch mehr zum türkischen Volkshelden hochstilisieren. Bemerkenswert ist, dass die türkische Regierung von uns Meinungsfreiheit einfordert, während sie diese im eigenen Land sogar durch Inhaftierung unterbindet. Gerade weil uns die freundschaftlichen Beziehungen zu den Menschen in der Türkei wichtig sind, müssen wir weiterhin klar Stellung zu den antidemokratischen Vorgehensweisen beziehen.

Managergehälter beschränken

Managergehälter und Boni haben sich zum Teil in schwindelerregende Höhen entwickelt. Um diesen Trend zu stoppen, hat die SPD einen Gesetzesvorschlag zur Begrenzung von Vorstandsbezügen vorgestellt.

Einfach vorschreiben, wie viel ein Manager verdienen darf, kann der Gesetzgeber nicht. Deshalb sieht unser Vorschlag vor, dass alle Vorstandsbezüge über 500.000 Euro künftig nicht mehr steuerlich absetzbar sind. Zudem sollen die Aufsichtsgremien mehr Maß einhalten.

In Zukunft soll der Aufsichtsrat eine Höchstgrenze für Managergehälter vorschlagen. Dazu soll festgelegt werden, in welchem Verhältnis Vorstandsgehälter höchstens zum durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen stehen dürfen.

Werden vereinbarte Ziele nicht erreicht, sollen Aufsichtsräte künftig auch die Möglichkeit haben, Vorständen die Bezüge zu kürzen.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Bezugsdauer ALG I verlängern

Arbeitslose aktiv wieder in Arbeit zu bringen, ist das Ziel des neuen Konzeptes zum Arbeitslosengeld von Andrea Nahles. Der Schlüssel dafür ist Weiterbildung. Wer zukünftig keinen Job hat, soll spätestens nach drei Monaten von der „Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung“ ein Angebot zur Umschulung oder Fortbildung erhalten. Die Zeit der Weiterbildung soll dabei nicht auf die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes (ALG I) angerechnet werden. An dessen Stelle tritt das gleich hohe ALG Q.

Betroffene unter 50 Jahren können diese Unterstützung zur Qualifizierung insgesamt zwölf Monate in Anspruch nehmen. Wer über 58 Jahre alt ist, kann bis zu 24 Monate ALG Q beziehen. Damit drehen wir nicht die gesamte Agenda 2010 zurück, aber wir kommen damit einer sozialdemokratische Herzensangelegenheit nach.

Eine Rüge an die EU

Der gemeinsame europäische Binnenmarkt darf nicht dazu führen, dass unsere hohen Standards bei den Berufsregeln gesenkt werden. Auch dürfen EU-Vorgaben nicht die Rechte nationaler Parlamente beschneiden. Deswegen hat das Parlament auf meine Initiative hin eine Rüge an die EU im Bundestag verabschiedet.

Anlass sind von der EU-Kommission vorgelegte Vorschläge zur Vereinheitlichung des Dienstleistungsmarktes. Diese hätten weitreichende Folgen für die Qualität von Dienstleistungen, wie sie etwa von Architekten, Ingenieuren und Rechtsanwälten erbracht werden. Die EU will aber auch stärkeren Einfluss auf unsere Gesetzgebungsverfahren nehmen. Aber wir lassen unseren Handlungsspielraum nicht einschränken und halten dagegen.

Besserer Schutz für Einsatzkräfte

Polizisten werden immer öfter Opfer von Gewalt. Zwei neue Gesetze sollen die Beamten nun vor Übergriffen schützen. Durch den Einsatz von körpernah getragenen Kameras sollen Einsätze sicherer werden. Zudem wird die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten dadurch erheblich verbessert. Dass der Einsatz von mobiler Videotechnik erfolgreich zum Schutz von Polizisten eingesetzt werden kann, zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern.

Die Koalition greift aber auch bei der Bestrafung härter durch und will mit einem weiteren Gesetz sowohl Polizisten als auch Rettungskräfte besser schützen. Ein neuer, eigenständiger Straftatbestand wird eingeführt, der bis zu fünf Jahren Haft vorsieht. Neben einer härteren Bestrafung wird sich die SPD-Bundestagsfraktion zudem weiter für mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Sicherheitskräften einsetzen.

Entschädigung von Hinterbliebenen geregelt

Um das Leid von Hinterbliebenen beim Tod eines nahestehenden Menschen zumindest ein Stück weit zu lindern, hat die Koalition einen Anspruch auf Entschädigung geschaffen. Damit wird verhindert, dass Hinterbliebene, wie etwa die der Germanwings-Absturzopfer, in Zeiten der Trauer für eine Wiedergutmachung kämpfen müssen.

Personen, die einen nahestehenden Menschen durch eine Straftat oder einen Unfall verloren haben, erhalten einen Entschädigungsanspruch gegen den Verursacher. Mit dem Gesetzentwurf stellen wir sicher, dass auch unverheiratete Partner und Patchwork-Familien einbezogen werden.

Wir hätten gern eine Höhe von 30.000 bis 60.000 Euro durchgesetzt. Dies war mit der Union allerdings nicht machbar. Jedoch konnten wir als Orientierungspunkt einen Anspruch von 25.000 Euro festschreiben.

Handwerker bleiben nicht auf Kosten sitzen

Mit der Neuordnung der Mängelgewährleistung hat die Koalition die Rechtssicherheit für Handwerksunternehmen im Geschäftsverkehr deutlich gestärkt. Denn jetzt können Handwerker von ihren Lieferanten nicht nur Material, sondern auch die Ein- und Ausbaurkosten ersetzt bekommen.

Bisher blieben die Unternehmer auf den Kosten für ihre Arbeitsleitungen sitzen, obwohl sie an den entstandenen Mängeln keine Schuld trugen. In den Beratungen des Gesetzes konnte die SPD durchsetzen, dass die Regelung nicht nur für „verbautes“, sondern auch für „angebrachtes“ Material gilt. Damit sind zum Beispiel auch Wandfarben und Tapeten von der Regelung eingeschlossen.

Leider hat unser Koalitionspartner durch seine Blockadehaltung eine Hintertür für Lieferanten offen gehalten. Händler können in ihren Geschäftsbedingungen eine Haftung weiterhin ausschließen. Das ist zwar nicht rechtens, aber die betroffenen Handwerker müssten erst vor Gericht ziehen. Wir haben daher durchgesetzt, dass der Bundestag in fünf Jahren genau prüfen wird, wie sich das Gesetz auf das Handwerk auswirkt und ob Händler sich ihrer Verantwortung entziehen.

Mein Praktikum im Bundestag

Wer würde nicht gerne mal erleben, wie im Bundestag Politik gemacht wird! Im Rahmen eines vierwöchigen Praktikums bei Sabine hatte ich die Möglichkeit dazu.

Ich heiße Nele Butschkau, bin 21 Jahre alt, studiere Medien- und Kommunikationsmanagement in Düsseldorf und bin seit 2016 Mitglied des Vorstands der Jusos Dortmund. Einen Monat lang hatte ich nun die Möglichkeit, die tägliche Arbeit der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter mitzuerleben.

Meine erste Woche war eine Sitzungswoche und schon am ersten Tag habe ich gemerkt, dass das Arbeitspensum eines Abgeordneten wesentlich anstrengender ist, als ich es zu Beginn erwartet habe. Von einer Sitzung in die nächste und zwischendurch noch Gespräche mit Betriebsräten führen. Zeit für Pausen bleibt da nicht wirklich.

Neben der Teilnahme an Fraktions- und Ausschusssitzungen sowie dem Plenum, wurde ich zu jeder Zeit in die Büroarbeit eingebunden. So gehörten Rechercheaufgaben und Vorbereitungen für Besuchergruppen zu meinen täglichen Aufgaben. Es war total faszinierend, dass der Bundestag und seine anschließenden Gebäude für vier Wochen mein täglicher Arbeitsplatz waren. Ich bin jetzt schon etwas traurig, dass ich das Büro bald verlassen muss.

Abschließend kann ich Sabine und ihrem Team nur Danke sagen. Es war eine absolut spannende Zeit in Berlin, die ich so schnell sicherlich nicht vergessen werde.

Leider sind wir in meinem Berliner Büro räumlich sehr begrenzt. Sonst würde ich gerne öfter Praktikanten wie Nele die Möglichkeit geben, hier mal reinzuschnuppern. Aber für meinen langjährigen Mitarbeiter Max räume ich bereits an zwei Tagen in der Woche meinen Platz.

Jetzt geht es erst mal ab nach Dortmund. Plakate abkratzen, damit sie zum Bekleben fertig sind für die Landtagswahl. Nadja und Hannelore sollen wegen uns keine Falten bekommen! ☺

Am Dienstag freue ich mich auf Garrelt Duin beim Frühjahrsempfang des Stadtbezirks Aplerbeck. Dort wird es bestimmt richtig voll werden, aber das ist zum Glück in den letzten Monaten so bei den Sozis. Sorgen wir dafür, dass es so bleibt!

Liebe Grüße

Eure

Sabine